

Ideen für eine bessere Wirtschaftsordnung

Eine Symbiose von freier Marktwirtschaft und sozialer Staatswirtschaft

von Elias Erdmann

eMail: elias.erdmann@gmx.de / weitere Texte bei Scribd

(Stand 27.09.2009)

Teil I: Die Zielsetzung

Es ist das primäre Ziel der besseren Wirtschaftsordnung, **ein neues Modell der „sozialen Marktwirtschaft“** zu entwerfen, bei dem ein Ausgleich gefunden wird

- zwischen **den marktwirtschaftlichen Interessen** auf der einen Seite
- und **den sozialen Interessen** auf der anderen Seite.

Dieses neue Modell der „sozialen Marktwirtschaft“ ist dringend notwendig geworden, weil das bisherige Modell seit einigen Jahren immer mehr in Schieflage gerät. Wenn ein Unternehmen auf soziale Interessen und Auflagen Rücksicht nehmen muss und wenn es unterschiedliche Sozialkosten es tragen muss (auch indirekt über die Steuern), dann werden die Produkte dadurch teurer. Der marktwirtschaftliche Konkurrenzdruck zwingt aber die Firmen dazu, immer billiger zu produzieren. Die marktwirtschaftlichen Notwendigkeiten führen also in einem immer stärkeren Maße dazu, dass die sozialen Interessen immer weniger berücksichtigt werden können. Diese Problematik verschärft sich durch die Globalisierung, weil nun Wirtschaftsräume miteinander in Konkurrenz treten, in denen die Sozialstandards ein sehr unterschiedliches Niveau haben, z.B. in den Bereichen:

- Lohnniveau, Tarife, Mindestlöhne
- Arbeitslosenversicherung
- Krankenversicherung
- Rentenversicherung
- Kündigungsschutz
- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- Sozialhilfe
- usw.

In einer globalisierten Marktwirtschaft werden hohe Sozialstandards zu einem Standort-Nachteil bzw. niedrige Sozialstandards werden zu einem Standort-Vorteil. Und das gilt nicht nur für die Sozialstandards, sondern in gleicher Weise auch

- für demokratische und rechtsstaatliche Standards
- für den Umweltschutz
- für die Menschenrechte
- für Unfallverhütungsvorschriften
- für den Verbraucherschutz
- usw.

Wo man auf all diese Themen am wenigsten Rücksicht nehmen muss, dort kann man am billigsten produzieren. (Im weiteren Verlauf des Textes werden diese anderen

Themen nicht jedes Mal extra mit aufgeführt. Man kann sie aber in Gedanken immer ergänzen.)

Der marktwirtschaftliche Druck hat zur Folge,

- dass von den Unternehmen (bzw. von ihren Lobby-Verbänden) immer wieder Versuche unternommen werden, um die Sozialkosten zu senken
- dass die Arbeitsplätze in Länder verlagert werden, wo die Sozialstandard deutlich geringer sind
- dass die Arbeit an Subunternehmer vergeben wird, die zu deutlich günstigeren Tarifen arbeiten
- dass billige Arbeitskräfte aus dem Ausland geholt werden
- dass Firmen geschlossen werden, weil sie nicht konkurrenzfähig sind

Es kann nicht in unserem Interesse liegen, an einem internationalen Wettbewerb um die niedrigsten Sozialstandards teilzunehmen. **Wenn wir uns auf einen solchen Wettbewerb einlassen, dann können wir nur verlieren.** Entweder verlieren wir im marktwirtschaftlichen Wettbewerb oder wir verlieren unsere immer noch relativ hohen Sozialstandards.

Wir müssen davon ausgehen, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch weiter verschärfen werden:

- Die Globalisierung nimmt immer weiter zu. Und dadurch nimmt auch der Konkurrenzdruck immer weiter zu.
- Die wirtschaftlichen Prozesse beschleunigen sich immer stärker, werden aber gleichzeitig immer komplexer, undurchschaubarer und unbeherrschbarer.
- Die natürlichen Ressourcen (Rohstoffe, Erdöl, Nahrungsmittel, ...) werden immer knapper bzw. die Beschaffung dieser Ressourcen wird immer teurer.
- Durch die steigende Weltbevölkerung und durch die erhöhte Nachfrage werden die Preise für die Ressourcen weiter steigen.
- Die öffentlichen und privaten Schulden steigen immer weiter.
- Die Arbeitslosenzahlen werden zwar durch allerlei Tricks schöngerechnet, aber effektiv steigen sie auch immer weiter.
- Die Gesellschaft überaltert: Immer weniger Menschen im erwerbstätigen Alter müssen immer mehr Rentner ernähren.

Durch diese Rahmenbedingungen wird sich einerseits der marktwirtschaftliche Druck auf die Unternehmen weiter erhöhen. Und andererseits werden die sozialen Netze auch immer stärker belastet. Die Konsequenz wird sein, dass sich auch die oben beschriebenen Folgen immer weiter verstärken und beschleunigen werden, also der Abbau von Sozialstandards und Arbeitsplätzen. Dabei kann es zwar immer wieder mal kurzfristige Phasen der Entspannung geben. Aber am langfristigen Trend wird das nichts ändern.

Und es mag auch immer wieder einzelne Firmen geben, die in einem ganz bestimmten Nischenmarkt aktiv sind, wo es eine finanzstarke Käuferschicht und keine Konkurrenz von Billiganbietern gibt (z.B. bei Luxusprodukten). Der Rückzug in Nischenmärkte kann aber keine Lösung sein, um die Gesamtproblematik zu lösen. Es ist nicht möglich, dass sich die gesamte deutsche Wirtschaft in Nischenmärkte zurück zieht.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen den marktwirtschaftlichen und den sozialen Zielen

Die Annahme von Ludwig Erhard „Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch.“ erweist sich inzwischen als ein fataler Trugschluss. Es ist eben nicht so (wie Ludwig Erhard meinte), dass der Markt an sich sozial ist, und dass er nicht erst sozial gemacht müsse, sondern wir können tagtäglich genau das Gegenteil beobachten: Der freie marktwirtschaftliche Wettbewerb führt in einer globalisierten Welt zu Sozialabbau, Arbeitsplatzabbau und Billiglohnjobs.

Solange wir die Rahmenbedingungen unserer Wirtschaftsordnung nicht ändern, wird sich dieser Trend konsequent fortsetzen, bis er schließlich irgendwann – sobald die sozialen Probleme zu groß werden – in sozialen Unruhen und im Chaos enden wird.

Tatsächlich ist es so, das marktwirtschaftliches Handeln und soziales Handeln ganz unterschiedliche Ziele haben:

- Marktwirtschaftliches Handeln ist in egoistischer Weise auf die persönliche Gewinn-Maximierung ausgerichtet.
- Soziales Handeln ist in fürsorglicher Weise auf das Gemeinwohl ausgerichtet.

Die Annahme von Ludwig Erhard würde nur dann gelten, wenn tatsächlich ALLE durch marktwirtschaftliches Handeln zu Wohlstand gelangen könnten. Es liegt aber in der Natur der Sache, dass es bei einem Wettbewerb immer Gewinner UND Verlierer gibt – und das gilt natürlich auch für den marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Der Eine macht das Geschäft und der Andere bleibt auf seinem Angebot sitzen oder muss es unter Preis verkaufen. Beim Arbeitsmarkt sind es beispielsweise die Arbeitslosen oder die Billiglohnkräfte, die auf der Verliererseite sind. **Solange es systembedingt eine Verliererseite gibt, kann es nicht Wohlstand für alle geben.**

Manch einer mag jetzt vielleicht einwenden: Aber Ludwig Erhard hat doch mit seiner Form der sozialen Marktwirtschaft das Wirtschaftswunder möglich gemacht. Das stimmt – aber damals gab es auch ganz andere Rahmenbedingungen. Zunächst einmal gab es damals nach den Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit eine enorme Nachfrage. Die Gefahr, dass man auf seinem Angebot sitzen bleibt, war dadurch deutlich geringer. Weiterhin war der marktwirtschaftliche Wettbewerb damals noch sehr viel stärker auf die Region begrenzt. Der regionale Anbieter musste noch nicht in dem Maß wie heute mit internationalen Großkonzernen und mit Billiganbietern aus Fernost konkurrieren. Und damals gab es auch noch nicht so viele High-Tech-Produkte, die nur noch von großen Firmen hergestellt werden können. In vielen Bereichen kann der regionale Anbieter heute gar nicht mehr mit den Großkonzernen konkurrieren, weil er gar nicht die technischen Möglichkeiten hat. Die Konsequenz dieser Entwicklung können wir täglich erleben: Die kleinen Firmen werden immer mehr von den großen Firmen und Ladenketten geschluckt und verdrängt.

Das Problem ist aber nun, dass das bisherige Alternativ-Modell zur „sozialen Marktwirtschaft“ – die „sozialistische Planwirtschaft“ – auch nicht gerade überzeugend war. Der marktwirtschaftliche Wettbewerb hat nämlich eine sehr wichtige Funktion: Er schafft Leistungsanreize. Er zwingt die Firmen dazu, dass sie immer bessere und immer günstigere Produkte herstellen. Das ist eine Grundvoraussetzung für den technischen Fortschritt und für unseren Wohlstand. In einer „sozialistischen

Planwirtschaft“ fehlt dieser Leistungsanreiz. Und eine Marktwirtschaft kann auch sehr viel schneller und flexibler auf neue Anforderungen reagieren als eine zentralistisch geführte Planwirtschaft. **Der marktwirtschaftliche Wettbewerb hat eine so wichtige Funktion, dass man auf ihn keinesfalls verzichten sollte.**

Ein weiterer Vorteil der Marktwirtschaft liegt darin, dass der Staat weniger eingreifen muss. Staatliche Eingriffe werden sehr oft als Beschränkung der persönlichen Freiheiten empfunden, wenn z.B. Preise und Ladenöffnungszeiten gesetzlich geregelt werden, wenn Importe mit Zöllen belegt werden, wenn bestimmte Waren nicht importiert oder exportiert werden dürfen usw. Eine Marktwirtschaft wird dadurch subjektiv als sehr viel freier empfunden, weil man diese staatlichen Eingriffe und Einschränkungen weniger spürt. Effektiv wird man zwar durch die Sachzwänge des Wettbewerbs ebenso eingeschränkt (vielleicht sogar noch sehr viel stärker), aber diese Einschränkungen werden eher als „naturegegeben“ hingenommen, zumal es auch keine Institution gibt, die man für diese einschränkende Sachzwänge verantwortlich machen könnte. Hinzu kommt, dass das egoistische Handeln für die eigene Gewinnmaximierung sehr viel mehr der menschlichen Natur entspricht. Das fürsorgliche Handeln findet von Natur aus nur innerhalb der Familie, der Verwandtschaft oder des Freundeskreises statt, also gegenüber Menschen, die man persönlich kennt – und es basiert in diesem Umfeld auf Freiwilligkeit. Wenn hingegen die Fürsorglichkeit gegenüber der Allgemeinheit per Gesetz erzwungen wird (z.B. durch Steuern und Sozialabgaben), dann werden diese Maßnahmen von vielen Menschen als Beschränkung der persönlichen Freiheit empfunden. Eine Wirtschaftsordnung sollte auf jedem Fall der Natur des Menschen und seinem Freiheitsbedürfnis entsprechen. Andernfalls ließe sie sich nur mit harten Zwangsmaßnahmen durchsetzen, was auf gar keinen Fall erstrebenswert wäre. Der Normalbürger sollte in seinem wirtschaftlichen Handeln möglichst wenige Einschränkungen spüren. Diese Argumente sprechen ganz eindeutig für eine marktwirtschaftliche Grundordnung. Aber der marktwirtschaftliche Wettbewerb bringt auch einige Probleme mit sich – **und diese Probleme sollten dringend erkannt und gelöst werden.**

Weiterhin sollten wir auch **ganz undogmatisch und ohne ideologische Scheuklappen** die Frage stellen: Ist der marktwirtschaftliche Wettbewerb wirklich in ALLEN Lebensbereichen die optimale Wirtschaftsform? Oder gibt es einzelne Lebensbereiche, in denen vielleicht sogar die Planwirtschaft besser funktioniert? Es ist kein Naturgesetz, dass eine Wirtschaftsordnung in allen Bereichen nach dem gleichen Funktionsprinzip aufgebaut sein muss.

Doch wenden wir uns zunächst den Problemen zu:

Teil II: Die Probleme der Marktwirtschaft

Problem 1: Die systembedingte Verliererseite

Bei einem Wettbewerb gibt es – wie bereits erwähnt – immer Gewinner UND Verlierer.

Problem 2: Ein Wettbewerb unter ungleichen Bedingungen

Ein marktwirtschaftlicher Wettbewerb mit anderen Ländern, die Sozialdumping betreiben, ist etwa so, wie ein sportlicher Wettkampf mit anderen Ländern, die jeweils selbst entscheiden können, ob sie Doping erlauben oder nicht.

- Sozialdumping ist ein Wettbewerbsvorteil auf Kosten der eigenen Bevölkerung. Wer den Wohlstand und die soziale Gerechtigkeit schützen will, hat einen Nachteil in diesem Wettbewerb.
- Doping ist ein Wettbewerbsvorteil auf Kosten der eigenen Gesundheit. Wer die Gesundheit seiner Sportler schützen will, hätte einen Nachteil in diesem Wettbewerb.

Ein internationaler Wettbewerb kann nur dann gerecht sein, wenn für alle Teilnehmer die gleichen Regeln und Standards gelten. Es wäre aber möglich, die Einfuhr-Zölle direkt an die Sozial- und Umweltstandards der Herstellerländer zu koppeln, sodass kein Teilnehmer einen Vorteil aus seinen niedrigeren und gefährlicheren Standards ziehen kann.

Problem 3: Sozialabbau, um konkurrenzfähig zu bleiben

Ein Wettbewerb verführt dazu, dass man zum Teil auch unfaire und unsoziale Mittel anwendet, um auf diese Weise (kurzfristig) einen Vorteil zu haben. Fürsorgliches Verhalten führt hingegen zunächst einmal zu höheren Kosten und damit zu einem Wettbewerbsnachteil. Die Argumentation ist üblicherweise: „Wir müssen diese Kosten einsparen, um konkurrenzfähig zu bleiben.“ **Marktwirtschaftlich orientierte Systeme neigen dadurch zum Sozialabbau.**

Problem 4: Der ruinöse Wettbewerb

Man ist billiger als die Konkurrenz, wenn man weniger Rücklagen bildet, wenn man weniger in zukünftige Entwicklungen investiert, wenn man an der Qualität spart, wenn man von der Substanz lebt usw. Aber langfristig ruiniert man eine Firma, wenn man genau das macht. Durch den marktwirtschaftlichen Wettbewerb kann man aber gezwungen sein, dass man genau so handeln muss, weil die anderen auch so handeln und weil man sonst kurzfristig nicht konkurrenzfähig ist.

Problem 5: Das Versagen der Selbstregulation

Es gibt eine spezielle Klasse von Problemen, die auf dem Grundmuster basieren, **dass manchmal alle einen Nachteil haben, wenn jeder nach seinem persönlichen Vorteil strebt.**

Zwei Beispiele:

- Ein Geschäft hat einen Vorteil, wenn es längere Öffnungszeiten als die Konkurrenz hat, denn dann kann es in diesen Zeiten mehr verkaufen. Wenn aber alle Geschäfte so handeln, dann wird in der Summe trotzdem nicht mehr verkauft. Aber alle haben die höheren Kosten, die sich aus den längeren Öffnungszeiten ergeben.
- Ein Hersteller hat einen Vorteil, wenn er die Arbeit in Billiglohnländer verlagert. Wenn aber alle Hersteller so handeln, dann haben wir alle einen Nachteil, weil die heimischen Arbeitsplätze abgebaut werden, wodurch wiederum die Kaufkraft wegbricht.

Bei diesem Grundmuster versagt die Selbstregulation des Marktes. Der Einzelne kann nur sein eigenes Handeln beeinflussen. Deshalb wird er das machen, was für ihn

selbst das Beste ist – selbst dann, wenn er die negativen Konsequenzen erkennen kann, die sich ergeben, wenn alle so handeln. Wenn er selbst anders handeln würde, dann hätte er selbst einen Nachteil. Einen spürbaren Nutzen für alle würde es aber nur dann geben, wenn auch die anderen anders handeln würden. Doch damit kann der Einzelne nicht rechnen und darauf hat er keinen Einfluss.

Problem 6: Vergeudung von Rohstoffen, Geld und Arbeitskraft

Ein Wettbewerb führt zu enormen Mehrkosten, weil z.B. unnötige Parallel-Entwicklungen betrieben werden, weil mehrfach die gleiche Infrastruktur bereit gehalten werden muss, weil ein Überangebot geschaffen wird usw. **Auf diese Weise werden Rohstoffe, Geld und Arbeitszeit vergeudet**, die woanders sinnvoller eingesetzt werden könnten. Durch den Wettbewerb entstehen auch enorme Kosten für die Bewerbung der Produkte.

Die hohe Arbeitslosigkeit hat zur Folge, dass zwar sehr viel potentielle Arbeitskraft zur Verfügung steht, dass dieses enorme Leistungspotential aber nicht genutzt werden kann und somit vergeudet wird.

Problem 7: Permanentes Wachstum führt zum Kollaps

Die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung gilt auch für Geldgeschäfte und für Investitionen. Weil die Anleger egoistisch handeln, werden sie ihr Geld dort investieren, wo sie die größten Renditen erwarten. Das Geld wandert also dorthin, wo die Wirtschaft am stärksten wächst, denn dort kann sich das Geld am besten vermehren. Das bedeutet wiederum: Die kapitalistisch-marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung erzwingt permanentes Wirtschaftswachstum. Aber permanentes Wachstum führt zwangsläufig auch zu einem steigenden Ressourcenverbrauch, **was bei begrenzten Ressourcen wiederum zwangsläufig zum Kollaps führt**. In der Folge können z.B. Kriege um die verbleibenden Ressourcen auftreten.

Problem 8: Gesellschaftliche Folgekosten

Es gibt viele gesellschaftliche Folgekosten, die für die Kosten-Nutzen-Rechnung eines privatwirtschaftlichen Unternehmens vollkommen irrelevant sind, z.B. die Kosten, die durch Umweltbelastung oder Umwelterstörung entstehen. Folglich werden diese Folgekosten in einer Marktwirtschaft nur unzureichend berücksichtigt.

Problem 9: Benachteiligung von Randgruppen, Minderheiten und strukturschwachen Gebieten

Privatwirtschaftliche Unternehmen können zwar sehr schnell und sehr flexibel auf die Probleme und Bedürfnisse der Verbraucher reagieren. Aber sie werden natürlich nur dort reagieren, wo es sich finanziell lohnt. Wenn eine Zielgruppe oder Region wirtschaftlich uninteressant ist, dann kann es auch passieren, dass auf deren Probleme und Bedürfnisse überhaupt nicht oder nur sehr eingeschränkt reagiert wird. Ein marktwirtschaftlich arbeitendes Unternehmen orientiert sich bei seinen Angeboten und bei seiner Preisgestaltung in erster Linie an seinen eigenen wirtschaftlichen Interessen und es kann auch nur in diesem Rahmen planen. Für andere gesellschaftliche, kulturelle, bildungspolitische, regionale und gesamtwirtschaftliche Ziele, die über diesen Rahmen hinaus gehen, kann das einzelne Unternehmen nicht verantwortlich sein.

Problem 10: Kapitalkonzentration und Monopolbildung

Kapitalistisch-marktwirtschaftliche Systeme neigen im Laufe der Zeit zur Kapitalkonzentration und zur Monopolbildung. Diesen Effekt, den wir alle vom Monopoly-Spiel kennen, können wir in ganz ähnlicher Form auch in der Realwirtschaft beobachten. Die kleinen Firmen werden im Laufe der Zeit immer mehr von den großen Konzernen verdrängt und geschluckt, denn die größeren Konzerne können durch die Massenfertigung sehr viel günstiger produzieren, haben durch den Masseneinkauf günstigere Konditionen und können dem Kunden ein sehr viel umfangreicheres Sortiment anbieten.

Die Kapitalkonzentration hat darüber hinaus auch zur Folge, dass immer mehr Menschen immer mehr Zinsen erwirtschaften müssen, die immer weniger Menschen zugute kommen. Weil auch dieser Umverteilungsprozess nicht unbegrenzt laufen kann, gibt es auch hier eine Kollapsgefahr mit den daraus resultierenden Folgeproblemen (z.B. soziale Unruhen).

Problem 11: Der versteckte Zinsanteil

Wenn wir für eine Ware oder eine Dienstleistung bezahlen, dann enthält dieser Preis in den meisten Fällen einen erheblichen Zinsanteil, dessen durchschnittliche Höhe irgendwo zwischen 10 und 40 Prozent liegt. (Die Schätzungen der Experten gehen hier sehr weit auseinander.) Wir zahlen nicht nur für die Leistungen der Menschen, die diese Ware produzieren oder die diese Dienstleistung erbringen. Die Unternehmen legen nämlich auch die Zinsen, die sie selbst für ihre kreditfinanzierten Investitionen zahlen, auf den Warenpreis um. Und somit verdienen auch sehr viele andere mit, die nur ihr Geld „arbeiten lassen“ und die selbst überhaupt nicht am Produktionsprozess beteiligt sind. Diese versteckte „Sonderabgabe“ zugunsten der wohlhabenden Bevölkerung erhöht natürlich den Warenpreis, der ohne diesen Zinsanteil deutlich günstiger wäre. Durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung sind die Waren deutlich teurer, als sie eigentlich sein müssten.

Auch die Steuern enthalten einen Zinsanteil, mit dem die Zinsen für die öffentlichen Schulden bezahlt werden. Wir alle zahlen indirekt Zinsen – auch dann, wenn wir selbst überhaupt keine Schulden haben.

Problem 12: Kein Recht auf einen ausreichend bezahlten Arbeitsplatz

In einer rein marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaft kann es niemals ein einklagbares Recht auf einen ausreichend bezahlten Arbeitsplatz geben. Die Unternehmen könnten eine solche Garantie niemals abgeben, weil sie selbst von den Märkten abhängig sind und weil ihnen auch keiner eine Garantie geben kann, dass sie genug Einnahmen haben werden

Problem 13: Keine gezielten Hilfsmöglichkeiten für den Erhalt der Arbeitsplätze

Unsere Gesellschaft ist extrem abhängig von den Arbeitsplätzen in der Industrie. Deshalb hat sie von sich aus ein starkes Interesse daran, dass es der Industrie gut geht. Und durch diese Abhängigkeit ist sie natürlich auch erpressbar.

Die Politik hat nun sehr vielfältige Möglichkeiten, um der Industrie zu helfen bzw. um den Wünschen und Vorgaben der Industrie entgegenzukommen:

- durch Subventionen, Staatsaufträge und Sonderkonditionen
- durch niedrigere Steuern bzw. bessere Abschreibungsmöglichkeiten
- durch steuerfinanzierte Maßnahmen, die den Konsum fördern
- durch die Einführung neuer Auflagen und Standards, die bei den Privat-Haushalten zu vermehrten Neuanschaffungen führen (→ siehe Thema „Lebenshaltungskosten“)
- durch die Abschaffung staatlicher Monopole bzw. durch eine Privatisierung staatlicher Betätigungsfelder
- durch eine „Deregulierung“ von Sozialstandards und Verbraucherschutzvorschriften

Die Politik hat jedoch überhaupt keinen Einfluss darauf, wie die Industrie diese Unterstützungen nutzt – ob diese Unterstützungen tatsächlich dem Erhalt der heimischen Arbeitsplätze zugute kommen oder ob sie zur Steigerung von Dividenden und Managergehältern genutzt werden. Bei international tätigen Konzernen ist es auch möglich, dass diese Unterstützungen in ganz anderen Regionen reinvestiert werden. Dadurch ist diese Form der Arbeitsplatzsicherung sehr uneffizient.

Teil III: Das Konzept der besseren Wirtschaftsordnung

Eine Symbiose von freier Marktwirtschaft und sozialer Staatswirtschaft

Die Marktwirtschaft ist von Natur aus nicht sozial. Und man kann sie auch nicht so ohne weiteres per Gesetz sozial machen.

Per Gesetz können wir nur die Rahmenbedingungen für unsere heimische Industrie vorgeben. Aber unsere heimische Industrie steht im Wettbewerb mit vielen anderen Wirtschaftsräumen – und auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die dort gelten, haben wir keinerlei Einfluss. Wenn wir unsere heimische Industrie per Gesetz mit zu vielen Kosten und Auflagen belasten, dann ist sie nicht mehr konkurrenzfähig, was auch nicht erstrebenswert ist. Die gesetzlichen Möglichkeiten für eine soziale Gestaltung der Marktwirtschaft sind also sehr begrenzt.

Es gibt jedoch eine ganz andere Möglichkeit: **Man kann einige Wirtschaftsbereiche aus der marktwirtschaftlichen Konkurrenzsituation herausnehmen und einen sozialen Bereich NEBEN der Marktwirtschaft schaffen** – einen Bereich, der „staatswirtschaftlich“ geregelt ist und der dadurch nicht so stark von den Märkten abhängig ist.

Der Begriff „staatswirtschaftlich“ soll in diesem Zusammenhang bedeutet, dass der Staat als öffentlicher Anbieter und als öffentlicher Arbeitgeber auftreten würde – hauptsächlich bei den Themen Grundversorgung und Infrastruktur.

In diesem Text werden die staatswirtschaftlichen Aspekte der besseren Wirtschaftsordnung sehr ausführlich beschrieben, während die marktwirtschaftlichen Aspekte so gut wie gar nicht erwähnt werden. Das soll aber ganz und gar nicht bedeuten, dass die Staatswirtschaft in der besseren Wirtschaftsordnung eine übergeordnete Rolle spielen würde oder dass die Marktwirtschaft eine untergeordnete Rolle spielen würde, sondern es liegt daran, dass sich im marktwirtschaftlichen Bereich nur sehr wenige Änderungen zur heutigen Wirtschaftsordnung ergeben. (Einerseits würde die Marktwirtschaft in den staatswirtschaftlich geregelten Bereichen natürlich

einige Marktsegmente und Betätigungsfelder verlieren. Andererseits wäre die Marktwirtschaft aber auch von einigen Auflagen und Belastungen befreit, so dass sie in ihren Marktsegmenten im internationalen Wettbewerb sehr viel konkurrenzfähiger wäre.)

Diese **andere Form der „sozialen Marktwirtschaft“** wäre also eine **Symbiose aus freier Marktwirtschaft und sozialer Staatswirtschaft**.

Beide Systeme sind – wenn man sie einzeln betrachtet und verabsolutiert – höchst problematisch:

- Die Staatswirtschaft der DDR konnte zwar die **Grundversorgung der Bürger sicherstellen**. Das Problem „Arbeitslosigkeit“ war so gut wie unbekannt. Aber die Bürger haben natürlich auch Bedürfnisse, die über diese Grundversorgung hinaus gehen – und in diesem Bereich war die DDR **durch ihre zentralistische Planwirtschaft viel zu unflexibel**. Sie konnte nur dadurch überleben, weil sie durch die Mauer einen isolierten Wirtschaftsraum schuf, der nicht direkt mit den vielfältigen Angeboten der Marktwirtschaft in Konkurrenz treten musste. (Tatsächlich kann man einen isolierteren Wirtschaftsraum auch auf sehr viel humanere Weise schaffen.)
- Die kapitalistische Marktwirtschaft kann zwar sehr schnell auf neue Trends reagieren und eine enorme Vielfalt an Waren bereitstellen. Sie ist aber **nicht in der Lage, das Arbeitslosenproblem zu lösen**. Ganz im Gegenteil: Die marktwirtschaftliche Ordnung mit ihrer systembedingten Verliererseite erzeugt und vergrößert dieses Problem sogar. Weiterhin kann man beobachten, dass sich die kapitalistische Marktwirtschaft inzwischen immer mehr zum Raubtier-Kapitalismus entwickelt, bei dem die traditionellen Ideale von Ethik, Gewissen, Gerechtigkeit und Verantwortung kaum noch eine Rolle spielen. Dadurch ist inzwischen bei vielen Menschen die Grundversorgung gefährdet. (Weitere Probleme der marktwirtschaftlichen Ordnung wurden bereits im Teil II dargestellt.)

Beide Systeme könnten sich aber optimal ergänzen: **Das eine System hat jeweils dort seine größte Stärke, wo das andere System seine größte Schwäche hat**. Es bietet sich also an, die Systeme so miteinander zu kombinieren, dass sich die Stärken ergänzen und dass die Schwächen so weit wie möglich kompensiert werden.

Die bessere Wirtschaftsordnung basiert auf dem Grundprinzip: **Für jeden Bereich sollte die Wirtschaftsform gewählt werden, die für diesen Bereich am besten geeignet ist**. Das alte ideologische Lagerdenken „staatliche Planwirtschaft contra freie Marktwirtschaft“ wird dabei komplett überwunden. Die „soziale Staatswirtschaft“ wird nicht mehr so sehr als Konkurrenz zur „Marktwirtschaft“ begriffen, sondern sehr viel mehr als eine Ergänzung, Entlastung und Fallbackstrategie der Marktwirtschaft. In Bereichen, bei denen die Innovationskraft und die Flexibilität besonders wichtig sind, sind marktwirtschaftliche Ordnungen auf jeden Fall sehr viel günstiger und erfolgreicher. Wenn es aber darum geht, die Verantwortung für gesellschaftliche, kulturelle, bildungspolitische, regionale und gesamtwirtschaftliche Ziele zu übernehmen, dann ist eine „staatswirtschaftliche“ Grundversorgung absolut unverzichtbar (in der Art, wie sie bislang der öffentliche Dienst erbracht hat).

Die Staatswirtschaft sollte so entworfen werden, dass es ein einklagbares Recht auf einen ausreichend bezahlten Arbeitsplatz gibt. Das würde die Arbeitslosenversicherung überflüssig machen und man könnte die marktwirtschaftlichen Unternehmen in einigen Bereichen entlasten, z.B. beim Kündigungsschutz, wodurch die marktwirtschaftlichen Unternehmen flexibler und konkurrenzfähiger würden.

Die Aufgaben und Tätigkeitsfelder der sozialen Staatswirtschaft

Die Staatswirtschaft sollte in folgenden Bereichen eine Monopolstellung haben (ohne privatwirtschaftliche Konkurrenz):

- öffentliche Verwaltung
- öffentliche Sicherheit und Strafvollzug
- Grundschulen
- Versorgung mit Strom, Wasser, Gas
- Kanalisation und Abfall-Entsorgung
- Netze: Telefon, Kabelfernsehen, Internet-Zugänge, ...
- Straßennetz, Eisenbahn, Flughäfen
- Brief und Paket-Dienst

Wenn jemand in einer Wettbewerbssituation um das eigene wirtschaftliche Überleben kämpfen muss, dann kann man ihn nicht für andere Dinge verantwortlich machen. Wenn man jemand für andere Dinge verantwortlich machen will, dann muss man ihn aus der Wettbewerbssituation herausnehmen, indem man ihm eine Monopolstellung einräumt. Monopole sind notwendig und sinnvoll, wenn es darum geht, eine besondere gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Das ist auch der ganz grundsätzliche Unterschied zwischen staatlichen Monopolen und privatwirtschaftlichen Monopolen, denn letztere nutzen zwar die Vorteile, die eine Monopolstellung bietet, aber sie übernehmen dafür keine besondere gesellschaftliche Verantwortung.

Wenn die Staatswirtschaft in einigen Bereichen die Aufgabe hat, die Grundversorgung sicherzustellen, wenn sie aber in diesen Bereichen kein Monopol hat, dann besteht die Gefahr, dass sich die privatwirtschaftlichen Unternehmen die Geschäftsfelder rauspicken, die sich für sie lohnen. Für die Staatswirtschaft blieben dann nur noch die Geschäftsfelder übrig, die ein Zuschussgeschäft darstellen. Solche Entwicklungen sollten auf jeden Fall vermieden werden, denn sonst wird die Staatswirtschaft auf Dauer zu einem Zuschussgeschäft – und somit zu einer Belastung für alle.

Die Staatswirtschaft sollte in folgenden Bereichen die Grundversorgung sicherstellen (mit privatwirtschaftlicher Konkurrenz)

- Gesundheitswesen (ärztliche Grundversorgung und Krankenhäuser)
- Kinderbetreuung, Krippenplätze
- weiterführende Schulen und Hochschulen
- Alten- und Pflegeheime
- Sozialwohnungen und Studentenheime
- Altersrente bzw. Arbeitsunfähigkeitsrente
- Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Berufsunfähigkeit, ...
- Rundfunk, Fernsehen, Online-Dienste
- kulturelle Angebote: z.B. Bibliotheken, Theater, Sportanlagen, ...
- Freizeitangebote: öffentliche Bäder, Parkanlagen, zoologische Gärten, ...
- öffentlicher Nahverkehr auf der Straße

- Geldanlage, Kredite und Zahlungsverkehr
- Rechtsberatung, Verbraucherschutz, ...

Im Gegensatz zur heutigen Praxis sollten alle regelmäßigen Steuern, Abgaben, Beiträge und Gebühren für staatswirtschaftliche Leistungen so weit wie möglich von einer einheitlichen Behördenstruktur eingenommen werden. (Preise und Gebühren, die in einer bestimmten Situation anfallen, sollten natürlich auch weiterhin in dieser Situation eingenommen werden.) Entsprechend sollten auch die staatlichen Zahlungen von einer einheitlichen Behördenstruktur vorgenommen werden, z.B. Gehälter von staatswirtschaftlichen Mitarbeiter, Renten, Versicherungsleistungen, ...

Eine Abkehr von dem Privatisierungs-Irrsinn der letzten Jahre

Der momentane Trend, möglichst viele Wirtschaftsbereiche zu privatisieren bzw. marktwirtschaftlich zu regeln, ist langfristig betrachtet extrem gefährlich. Der Staat gibt in diesen Bereichen die Verantwortung komplett aus der Hand, aber die privatwirtschaftlichen Unternehmen können diese Verantwortung nicht übernehmen, weil sie in erster Linie den Gesetzen und Zwängen des Marktes unterworfen sind.

Die privatwirtschaftlichen Unternehmen haben natürlich ein Interesse, diese Wirtschaftsbereiche für sich zu erobern. Und die Politiker haben möglicherweise auch ein Interesse, diese Verantwortung abzugeben und mit den Privatisierungsgewinnen den Schuldenkollaps noch etwas hinauszuzögern. Aber die Folgen für die Allgemeinheit sind verheerend, weil der Staat in immer mehr Bereichen seine Fähigkeit zum eigenen Handeln verliert.

Ein marktwirtschaftlich arbeitendes Unternehmen hat einzig und allein das Ziel, den Gewinn der Kapitalgeber sicherzustellen. Und das bedeutet im Umkehrschluss: Es hat ganz eindeutig nicht das primäre Ziel, die Grundversorgung der Bevölkerung in allen Regionen und für alle Bevölkerungsschichten mit einer gerechten Tarifstruktur sicherzustellen. Je mehr wir Bereiche marktwirtschaftlich regeln, die wir für unsere Infrastruktur und Grundversorgung benötigen, umso mehr besteht die Gefahr, dass die notwendige Infrastruktur und Grundversorgung langfristig nicht mehr für alle Regionen und Bevölkerungsschichten mit einer gerechten Tarifstruktur sichergestellt werden kann.

Die privatwirtschaftliche Regelung von Grundversorgungs- und Infrastruktur-Aufgaben ist ein reines „Schönwetterkonzept“. Wenn die Wirtschaft gesund ist, dann funktioniert dieses Konzept fantastisch. Wenn aber die entsprechenden Firmen durch eine Wirtschaftskrise oder durch Missmanagement in Probleme geraten, wenn sie ihre Leistungen einstellen, reduzieren oder verteuern müssen, dann hat das negative Folgen für die Gesamtwirtschaft und die Gesamtbevölkerung. Dann kann es durchaus auch passieren, dass plötzlich gar nichts mehr funktioniert.

Eine Lösung der Arbeitslosen-Problematik

Bis hierhin erinnert das Konzept der besseren Wirtschaftsordnung noch sehr stark an die ursprüngliche Aufteilung von „freier Wirtschaft“ und „öffentlichem Dienst“, wie wir sie ursprünglich hatten, bevor der Privatisierungs-Irrsinn in Deutschland begann. Das Konzept zur Lösung der Arbeitslosen-Problematik geht aber nun einen entscheidenden Schritt weiter.

In unserer heutigen Wirtschaftsordnung gibt es folgendes Grundproblem:

- Die Arbeitslosen haben eine potentielle Arbeitskraft, die nicht genutzt wird (was tatsächlich eine ganz massive Verschwendung von potentieller Arbeitskraft ist).
- Die Arbeitslosen haben viele Bedürfnisse, die nicht befriedigt werden können, weil sie nicht das notwendige Geld haben.

Wir haben also ein Potential, das nicht genutzt wird und einen Bedarf, der nicht befriedigt wird. Das Problem ließe sich lösen, wenn man das Potential nutzen könnte, um den Bedarf zu befriedigen. Die Frage ist also:

Wie kriegt man beides zusammen – das Potential und das Bedürfnis?

Das Problem ist: Sobald der Arbeitslose sein „Potential“ in einer Marktwirtschaft anbietet, muss er mit anderen Marktteilnehmern in Konkurrenz treten,

- die schon länger erfolgreich an der Marktwirtschaft teilnehmen,
- die schon funktionierende Geschäftsbeziehungen haben,
- die schon einen festen Kundenstamm haben,
- die schon mehr Erfahrung haben,
- die schon die notwendige Ausstattung besitzen
- die also einen deutlichen Vorsprung gegenüber ihm haben.

Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, dass der Arbeitslose sofort wieder zur Verliererseite gehören wird, sobald er sich auf diesen Wettbewerb einlässt. Und daran wird es in den meisten Fällen scheitern.

Um dieses Problem zu lösen, benötigt man eine Wirtschaftsordnung neben der bestehenden Marktwirtschaft - also eine Wirtschaftsordnung, die aus der bestehenden marktwirtschaftlichen Konkurrenzsituation herausgenommen ist.

Aus diesem Grund wurden von Privatleuten schon mehrfach Tauschringe und Selbsthilfenetze mit Phantasiewährungen oder Punktekonto geschaffen, was in einem lokal begrenzten Bereich auch sehr gut funktionieren kann. (Komplexere Produkte lassen natürlich in einem lokal begrenzten Selbsthilfenetz nicht herstellen.) Die Phantasiewährungen haben für die Selbsthilfenetze eine ganz wichtige Funktion. Sie entkoppeln den Wirtschaftsraum, weil man durch die Phantasiewährung nicht mehr mit dem primären Wirtschaftsraum in Konkurrenz tritt. Innerhalb des Selbsthilfenetzes gibt es wieder eine Art Marktwirtschaft. Durch die geringe Größe der Selbsthilfenetze ist die Konkurrenzsituation aber deutlich entschärft.

Das grundlegende Konzept einer „Sekundärwirtschaftsordnung“, die durch eine Extra-Währung von der primären Marktwirtschaft entkoppelt ist, lässt sich rein theoretisch auch auf ein komplettes Staatsgebiet übertragen. Die Realisierung dieser Sekundärwirtschaft als eine „zweite Marktwirtschaft“ wäre dabei sogar durchaus möglich. Diese zweite Marktwirtschaft wäre auf ein Staatsgebiet begrenzt (oder auf ein Staatenbündnis) und somit hätte der Staat die Möglichkeit, verbindliche Richtlinien für eine soziale Gestaltung dieser zweiten Marktwirtschaft vorzugeben. Eine zweite Marktwirtschaft hätte aber auch weiterhin die grundsätzlichen Probleme, dass es eine systembedingte Verliererseite gibt und dass privatwirtschaftliche Unternehmen keine gesellschaftspolitische Verantwortung übernehmen können. Das einklagbare Recht auf

einen ausreichend bezahlten Arbeitsplatz ließe sich in einer „zweiten Marktwirtschaft“ ebenfalls nicht realisieren. Mit einer „zweiten Marktwirtschaft“ ließen sich tatsächlich nur die speziellen Probleme lösen, die sich aus der Globalisierung ergeben. Die „zweite Marktwirtschaft“ wäre deshalb nicht geeignet, um die „soziale Staatswirtschaft“ zu ersetzen. Sie könnte die Staatswirtschaft bestenfalls ergänzen – aber in diesem Fall würde es dann drei parallele Wirtschaftsordnungen geben, was das Wirtschaftsleben unnötig verkomplizieren würde:

- 1.) globale Marktwirtschaft
- 2.) lokale Marktwirtschaft (mit sozialen Rahmenbedingungen)
- 3.) soziale Staatswirtschaft

Aus diesem Grund wäre es ratsam, die „Sekundärwirtschaftsordnung“ im Rahmen der „sozialen Staatswirtschaft“ aufzubauen, wodurch es nur zwei parallele Wirtschaftsordnungen gibt.

Diese Sekundärwirtschaftsordnung wäre etwas vollkommen anderes als das, was bislang unter dem Begriff des „zweiten Arbeitsmarktes“ verstanden wurde. Der sogenannte „zweite Arbeitsmarkt“ hatte nur das Ziel, die Arbeitslosen für die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten. Die staatliche Sekundärwirtschaft hätte hingegen das Ziel, auf Dauer eine Alternative zum ersten Arbeitsmarkt anzubieten, die sich selbst trägt.

Innerhalb der Staatswirtschaft sollten alle **grundlegenden** Waren produziert werden, die man zum täglichen Leben braucht und alle **grundlegenden** Hilfsmittel, die man für die Herstellung dieser Waren benötigt und zur Bereitstellung der Infrastruktur und der Grundversorgung. Diese Waren sollten in staatswirtschaftlichen Geschäften angeboten werden.

Das beinhaltet:

- Grundnahrungsmittel: Brot, Nudeln, Gemüse, Fleisch, Wurst, Käse, Getränke, ...
- Grundstoffe für die Nahrungsherstellung: Mehl, Zucker, Gewürze, Milch, ...
- Genussmittel: Bier, Wein, Schokolade, Kekse,...
- Medikamente: Schmerzmittel, Antibiotika, Impfstoffe, Desinfektionsmittel, ...
- Körperpflegemittel, Waschmittel
- Kleidung
- Möbel
- Haushaltsgeräte
- Werkzeuge und Maschinen
- Unterhaltungselektronik und Kommunikationselektronik
- Kraftfahrzeuge
- Baumaterialien
- Fertighäuser
- uvm.

Das Prinzip sollte hier lauten: So wenig Produkte, wie möglich, mit denen die Bedürfnisse des Lebens zu weit wie möglich abgedeckt werden. Es soll gar nicht der Versuch gemacht werden, mit der enormen Produktvielfalt der Privatwirtschaft konkurrieren zu wollen, denn diese Produktvielfalt steht einem durch die Privatwirtschaft ohnehin zur Verfügung. Stattdessen sollte die Staatswirtschaft auf solche Aspekte Wert

legen, die in der globalisierten Marktwirtschaft nur unzureichend realisiert und überwacht werden können, z.B.

- Umweltschutz
- artgerechte Tierhaltung
- nachhaltiges Wirtschaften
- ressourcenschonende Herstellung, Wiederverwendbarkeit der Rohstoffe
- Vermeidung von Gentechnik in der Landwirtschaft
- zurückhaltender Umgang mit künstlichen Nahrungsergänzungstoffen
- eindeutige Kennzeichnung der Inhaltsstoffe
- weitgehender Verzicht von Giftstoffen und Antibiotika in der Landwirtschaft
- Normierung bei Verpackungen, damit das Recycling vereinfacht wird
- Langlebigkeit, Stabilität und einfache Reparierbarkeit der Produkte
- langfristige Bereitstellung von Ersatzteilen und Zubehör.
- Normung und flexible Verwendbarkeit der Produkte
- Verwendung von offenen Standards
- Sicherheit, Einfachheit und Einheitlichkeit in der Bedienung
- Verzicht auf unnötigen Firlefanz
- keine Ausbeutung von Billiglohnkräften
- Vermeidung von unnötigen Parallelentwicklungen

Der Kunde sollte bei den staatswirtschaftlichen Produkten wissen, dass er eine Qualität bekommt, auf die er sich verlassen kann.

Marktwirtschaftliche Unternehmen sind nämlich an diesen Zielen nicht wirklich interessiert.

- Die Umwelt kommt in den Bilanzen der Unternehmen nicht vor.
- Wenn man die hochwertigen Anteile in der Nahrung reduzieren kann und wenn man den geschmacklichen Verlust durch billige Nahrungsergänzungstoffe kompensieren kann, die man diese Stoffe auch nur unvollständig kennzeichnen muss, dann kann man auf diese Weise die Herstellungskosten deutlich senken.
- Langlebige Produkte und Standard haben zur Folge, dass man nicht ständig neue Produkte verkaufen kann.
- Flexibel nutzbare Produkte haben den „Nachteil“, dass man weniger unterschiedliche Produkte verkaufen kann.
- Wenn Produkte einheitlich bedient werden und wenn man auf unnötigen Firlefanz verzichtet, dann gibt es weniger Alleinstellungsmerkmale, durch die man sich von der Konkurrenz anheben kann.
- usw.

Die Einführung einer Sekundärwährung

Alle Mitarbeiter in der Staatswirtschaft und alle Rentner würden ihr Einkommen in zwei Währungen erhalten:

- 1.) einen Teil in der Primärwährung, die in der Marktwirtschaft gilt (also aktuell Euro)
- 2.) den andere Teil in einer Sekundärwährung, die nur innerhalb der Staatswirtschaft gilt

Das Aufteilungsverhältnis ergibt sich in erster Linie aus der Verfügbarkeit der marktwirtschaftlichen Primärwährung innerhalb der Staatswirtschaft. Es wäre sinnvoll,

wenn der Sekundärwährungs-Anteil bei niedrigen Einkommen größter ist – schließlich wird bei den niedrigeren Einkommen auch ein größerer Anteil für die Grundversorgung verwendet und ein geringerer Anteil für Luxus-Güter.

Die Bezieher eines staatswirtschaftlichen Einkommens können die Sekundärwährung verwenden, um die Dinge des täglichen Bedarfs zu kaufen, die in der Staatswirtschaft hergestellt werden und sie können die Primärwährung verwenden, um all die Dinge zu kaufen, die in der Staatswirtschaft nicht hergestellt werden.

Es könnte natürlich der Vorwurf entstehen, dass man mit der Sekundärwährung eine Zwei-Klassen-Gesellschaft erzeugen würde. Tatsächlich ist es aber so, dass es auch in unserer heutigen Wirtschaftsordnung mehrere Klassen gibt: Unternehmer, Angestellte, Beamte, Arbeiter, Arbeitslose, Hausfrauen, Rentner, ... Wenn ein Unternehmer im Großhandel einkaufen darf, wenn ein Beamter Sonderkonditionen bei der KFZ-Versicherung hat, wenn für Arbeiter und Angestellte unterschiedliche Kündigungszeiten gelten, dann gibt es auch heute schon unterschiedliche Möglichkeiten und Regelungen für unterschiedliche Gruppen.

Bei der Sekundärwährung wäre der Staat einerseits der Herausgeber der Währung und er wäre gleichzeitig der Anbieter der Waren und Dienstleistungen, die mit dieser Währung bezahlbar sind. Damit hätte der Staat die Möglichkeit, einen festen Gegenwert für die Währung zu definieren. In diesem Fall gäbe es also eine tatsächliche Warendeckung der Währung (im Gegensatz zu unserer heutigen Währung, wo der Herausgeber der Währung und der Produzent der Waren nicht identisch sind und wo uns die „Warendeckung“ nur vorgegaukelt wird). Eine solche Währung hätte dadurch kein Inflationsrisiko.

Die Staatswirtschaft hätte folgende Einnahmequellen für die marktwirtschaftliche Primärwährung:

- Steuern aus dem Bereich der Privatwirtschaft
- Grundbeiträge für Rente, Krankenversicherung und Arbeitsunfähigkeitsversicherung von Mitarbeitern aus der Privatwirtschaft
- Gebühren von privatwirtschaftlichen Unternehmen für die Nutzung von Infrastrukturangeboten
- Verkauf von Produkten aus der Sekundärwirtschaft an Kunden ohne Sekundärwährung
- Nutzung von Leistungen aus der Staatswirtschaft von Kunden ohne Sekundärwährung

Unternehmen und Mitarbeiter aus der staatlichen Sekundärwirtschaft würden natürlich alle diese Abgaben in Sekundärwährung bezahlen können.

Ein Teil der Einnahmen in Primärwährung sollten verwendet werden, um die übernommenen Schulden schrittweise (soweit es möglich ist) zurück zu zahlen und um die Eigentumsanteile von privatwirtschaftlichen bzw. privatisierten Infrastrukturbetrieben erwerben zu können.

Den staatswirtschaftlichen Einrichtungen und Betrieben sollte es nicht erlaubt sein, Kredite bei privatwirtschaftlichen Einrichtungen bzw. in Primärwährung aufzunehmen. Diese Maßnahme soll verhindern, dass die Staatswirtschaft in Abhängigkeit gerät und

dass die Zinsen für diese Kredite auf die staatswirtschaftlichen Warenpreise umgelegt werden.

Grundsätzlich steht es jedem privatwirtschaftlichen Unternehmen offen, die Sekundärwährung für eigene Waren und Dienstleistungen anzunehmen oder die Mitarbeiter in Sekundärwährung zu bezahlen. Es ist aber sehr wichtig, dass die Sekundärwährung als Tauschmittel im Umlauf bleibt, dass sie dem Wirtschaftsraum nicht entzogen wird und dass sie auch nicht dauerhaft gehortet wird.

Drei einfache Maßnahmen können das sicherstellen:

- 1.) eine technische Beschränkung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in Sekundärwährung auf den Wirtschaftsraum (Diese Beschränkung gilt natürlich nicht für den Zahlungsverkehr in der Primärwährung.)
- 2.) Ein Verfallsdatum auf den Geldscheinen der Sekundär-Währung. Die Geldscheine würden schon deutlich vor dem Erreichen des Verfallsdatums aus dem Verkehr gezogen werden und durch neue Geldscheine ersetzt, sofern sie von einem staatswirtschaftlichen Unternehmen eingenommen wurden.
- 3.) Sparguthaben in Sekundärwährung sind nur für Angehörige des Wirtschaftsraums möglich. Sie sind jedoch zinslos und auf einen Maximalbetrag pro Bürger beschränkt. Nur mit zweckgebundenen Sparformen (z.B. Bausparen) können auch größere Beträge gespart werden.

Ein Umtausch von Primärwährung in Sekundärwährung wäre bei staatswirtschaftlichen Banken möglich. Ein Umtausch von Sekundärwährung in Primärwährung wäre nur dann möglich, wenn es in der Staatswirtschaft ein Überangebot an Primärwährung gäbe. Das ist aber eher unwahrscheinlich.

Diese Ziele erinnern ganz entfernt an die Idee der „Umlaufsicherung“, wie es sie beim sogenannten „Freigeld“ gibt (nach der Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell). Es gibt jedoch einen ganz erheblichen Unterschied: Die Anhänger der Freigeld-Theorie wollen das umlaufgesicherte Geld in einer marktwirtschaftlichen Ordnung einführen. Im Zeitalter der Globalisierung halte ich das jedoch für vollkommen unmöglich (sofern es andere stabile Währungen gibt). Die Umlaufsicherung beim Freigeld funktioniert so, dass das Geld künstlich unattraktiv gemacht wird. Nach einer gewissen Zeit verliert es einen Teil seines Wertes und muss durch den Kauf einer Marke wieder aufgewertet werden. Dadurch lohnt es sich nicht mehr, dass man dieses Geld langfristig hortet – und so bleibt das Geld im Umlauf. Das Problem ist jedoch, dass dieses unattraktive Geld in einer globalisierten Marktwirtschaft in Konkurrenz mit anderen Währungen steht, die nicht „altern“ und die dadurch deutlich attraktiver sind. Die Menschen würden also nicht dieses Geld ausgeben und im Umlauf halten, sondern sie würden sich ganz grundsätzlich für eine andere Währung entscheiden, die ihren Wert behält und die sie horten können.

So banal, wie es auch klingen man: Das unattraktive Geld würde scheitern, weil es zu unattraktiv ist.

Das Freigeld kann sich nur dann halten

- wenn die globale Marktwirtschaft gerade vollkommen zusammengebrochen ist und wenn die anderen Währungen dadurch auch sehr unattraktiv sind (wie es in den Zeiten war, als das „Wunder von Wörgl“ stattfand)

- oder wenn man den Besitz anderer Währungen verbietet (was die persönliche Freiheit einschränkt und was deshalb nicht erstrebenswert ist)
- oder wenn man das Freigeld in einer Staatswirtschaft einführt, wo die Einkommen zum Teil in dieser Währung bezahlt werden (so dass sich der staatliche Einkommensbezieher gar nicht anders entscheiden kann) und wo der Staat auch für ein Angebot sorgt, das man in dieser Währung beziehen kann.

Nach meiner Ansicht kam das Wunder von Wörgl ohnehin nicht dadurch zustande, weil ein umlaufgesichertes Geld eingeführt wurde, sondern weil durch die Sekundärwährung ein isolierter Wirtschaftsraum geschaffen wurde, der sich von der Weltwirtschaftskrise abkoppeln konnte. Der Erfolg war durch die Abkopplung begründet, nicht durch die Umlaufsicherung.

Leistungsgerechter Lohn in der Staatswirtschaft

Das Einkommen in der Staatswirtschaft sollte folgenden Kriterien abhängig sein:

1.) abhängig vom Mitarbeiter

- Ausbildung: Hilfstätigkeit, erlernter Beruf, Studium, Experte
- Berufserfahrung
- Fleiß bzw. Arbeitsbereitschaft
- Bereitschaft zur Fortbildung
- Verhalten des Mitarbeiters
- besonderer Bedarf des Mitarbeiters (z.B. erhöhte Kosten für die Versorgung von Kindern)
- Dauer der Zugehörigkeit zur Staatswirtschaft (als ein Anreiz, dass man langfristig in der Staatswirtschaft arbeitet)

2.) abhängig vom Arbeitsplatz

- Komplexität der Arbeit (Welches Wissen und welche Fähigkeiten sind notwendig?)
- Verantwortung für Mitarbeiter (Personalführung)
- Verantwortung für das Leben und die Gesundheit der anvertrauten Menschen (z.B. bei einem Arzt oder einem Busfahrer)
- Verantwortlichkeit für Maschinen, Produktionsprozesse oder Kosten
- besondere Belastung bei der Arbeit (Hitze, Schmutz, Nachtarbeit, ...)
- besondere Anreize für unbeliebte Berufe bzw. geringere Anreize für besonders beliebte Berufe (eventuell abhängig von der Region)

Diese Kriterien sollten mit einem Punkte-Schema bewertet werden, aus dem sich die Höhe des Einkommens ergibt. Für den sozialen Frieden ist es sehr wichtig, dass das größte Einkommen nicht mehr als das Fünffache des geringsten Einkommens betragen darf. Die extrem hohen Manager-Gehälter, die heute in der Privatwirtschaft üblich sind, sollte es in der Staatswirtschaft auf gar keinen Fall geben.

Wenn jeder ein einklagbares Recht auf einen ausreichend bezahlten Arbeitsplatz in der Staatswirtschaft hat, dann sollte es im erwerbsfähigen Alter eigentlich keine Arbeitslosen mehr geben. Trotzdem wird es natürlich immer Menschen geben, die entweder nicht arbeitsfähig oder nicht arbeitswillig sind.

Für jemand, der zwar im erwerbsfähigen Alter ist, der aber aus medizinischen Gründen überhaupt nicht arbeitsfähig ist, sollte es über eine staatliche Arbeitsunfähigkeitsversicherung ein minimales, aber ausreichendes Grundeinkommen geben, wobei es aber Zulagen geben sollte in Abhängigkeit von den bereits geleisteten Arbeitsjahren und abhängig von dem bisherigen Einkommen. Natürlich steht es allen Bürgern frei, sich darüber hinaus privatwirtschaftlich gegen das Risiko der Arbeitsunfähigkeit zu versichern, sofern es entsprechende privat-wirtschaftliche Versicherungen gibt. Wenn die Arbeitsfähigkeit aus medizinischen Gründen nur eingeschränkt ist, sollte ein Arbeitsplatz angeboten werden, der den Fähigkeiten bzw. Behinderungen entspricht. Wenn eine Therapie, Ausbildung oder Umschulung zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit sinnvoll ist, sollte sie angeboten werden.

Bei den Nicht-Arbeitswilligen gibt es natürlich unterschiedliche Arten und Grade der Arbeitsverweigerung:

- unregelmäßig oder gar nicht am Arbeitsplatz erscheinen
- vereinbarte Leistung nicht erbringen
- Verstöße gegen die allgemeinen Umgangsformen am Arbeitsplatz

Für diese Fälle sollte es in der Staatswirtschaft die Möglichkeit geben, das Einkommen nach Überprüfung des Sachverhalts schrittweise zu verringern. In diesem speziellen Fall kann die Grenze des ausreichenden Grundeinkommens auch deutlich unterschritten werden. Als absolute Minimalunterstützung für Totalverweigerer sollte es aber zumindest Obdachlosen-Unterkünfte mit Toiletten, Duschen, Armenspeisung und Kleiderreinigung geben, wobei auch eine Grundausstattung für die Bekleidung zur Verfügung gestellt wird. Die einzige Voraussetzung ist, dass sich der Betroffene an die Hausordnung der entsprechenden Einrichtungen hält. Bei Verstößen ist eine befristete Sperre möglich.

Natürlich kann es immer Fälle geben – ganz speziell bei Suchtkrankheiten (z.B. Alkoholismus, Drogensucht, ...) – bei denen die Grenzen zwischen Arbeitsunfähigkeit und Arbeitsunwilligkeit verschwimmen. In diesen Fällen sollte die Bereitschaft zur Therapie als Arbeitswilligkeit interpretiert werden.

Die Senkung der Lebenshaltungskosten

Einerseits gibt viele Produkte, die wir uns **leisten wollen**, weil uns diese Produkte einen Nutzen bringen oder weil sie uns erfreuen. Andererseits gibt es aber auch sehr viele Produkte, die wir uns **leisten müssen**, weil wir durch Sachzwänge und gesetzliche Auflagen dazu gezwungen werden. Und dementsprechend gibt es auch zwei Arten von Lebenshaltungskosten. Die Senkung der Lebenshaltungskosten bedeutet also nicht notwendigerweise, dass wir auf etwas verzichten müssen, sondern es geht darum, dass wir von Kosten befreit werden, die wir uns gar nicht leisten wollen.

In wirtschaftspolitischen Diskussionen ist es heute üblich, dass immer wieder auf die hohen Lohnkosten und Lohnnebenkosten hingewiesen wird bzw. dass eine Senkung dieser Kosten gefordert wird. Die hohen Lebenshaltungskosten werden aber interessanterweise in den öffentlichen Diskussionen so gut wie nie erwähnt. Das Thema wird einfach totgeschwiegen – beinahe so, als ob es gar nicht existieren würde.

Es mag durchaus sein, dass viele Menschen die hohen Lebenshaltungskosten als „gottgegeben“ hinnehmen – nach der Devise: „Das Leben ist halt so teuer. Da kann

man nichts machen.“ Tatsächlich ist es aber so, dass die Politik einen ganz massiven Einfluss auf die Lebenshaltungskosten hat. Und in den letzten Jahren war sie sogar sehr bemüht, unsere Lebenshaltungskosten immer weiter zu erhöhen.

Ein typisches Beispiel war die Einführung der Umweltzonen in den Großstätten zur Verringerung der Feinstaubbelastung. Diese Umweltzonen haben zur Folge, dass man nun mit vielen älteren Kraftfahrzeugen nicht mehr in die Großstädte fahren darf – auch dann nicht, wenn man eigentlich nur ganz selten mit dem Auto in eine Großstadt muss. Völlig unabhängig von der individuellen Nutzung des eigenen Autos und von der tatsächlichen Umweltbelastung, die sich daraus ergibt, wurde man von der Politik regelrecht zum Kauf eines neueren Autos gezwungen. Eine vergleichbare Maßnahme gab es auch schon einige Jahre zuvor im Zusammenhang mit den Fahrverboten bei Sommer-Smog. Und wir können davon ausgehen, dass es in einigen Jahren wieder entsprechende Maßnahmen geben wird, um den Verkauf von Elektro- und Hybrid-Autos anzukurbeln (wobei durch die Entsorgung der Akkus jede Menge Sondermüll entstehen würde).

Wenn man das Argument „Umweltschutz“ tatsächlich ernst nehmen würde, dann müssten im konkreten Fall zwei Probleme gegeneinander abgewogen gesetzt werden.

- 1.) Wie weit wird die Umwelt durch das alte Auto belastet?
- 2.) Und wie weit wird die Umwelt belastet, wenn der Konsum durch solche Maßnahmen künstlich angeheizt wird?

Die Umwelt-Standards werden hier als ein Argument missbraucht, um in verdeckter Form die Auto-Industrie zu unterstützen. Das, was wir aus unserer Perspektive als höhere Lebenshaltungskosten wahrnehmen, das sind aus der Perspektive der Industrie höhere Einnahmen. Mit unseren hohen Lebenshaltungskosten subventionieren wir tatsächlich in immer größerem Umfang die Industrie. Deshalb gibt es auch bei den verschiedenen Lobby-Verbänden ein sehr großes Interesse, dass die hohen Lebenshaltungskosten auch weiterhin komplett aus der öffentlichen Diskussion rausgehalten werden.

Ein anderes aktuelles Beispiel wäre das Glühlampenverbot zur Einführung sogenannter „Energiesparlampen“. Die Einführung dieser Energiesparlampen ist in umweltpolitischer Hinsicht äußerst problematisch, weil diese Lampen mit großem Aufwand als Sondermüll entsorgt werden müssen und weil im Falle eines Glasbruchs gefährliche Giftstoffe freigesetzt werden. Die Angaben der Hersteller auf den Verpackungen, dass eine 11-Watt-Energiesparlampe angeblich so hell sein soll wie eine 60-Watt-Glühbirne, lassen sich im praktischen Alltagstest auch nicht bestätigen. Und weil die Energiesparlampen nicht in allen Situationen einsetzbar sind, wo wir heute Glühlampen verwenden, wird dieses Gesetz zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten führen, weil man sich sehr viel neues Inventar anschaffen muss.

Seit einigen Jahren erleben wir ein absolutes Formate- und Normen-Chaos im Fernsehbereich: 4:3-Format, 16:9-Format, analog, digital, HD-ready, 720p, 1080i, Scart-Buchse, S-Video, YUV, HDMI, unterschiedliche Verschlüsselungstechniken, ... Egal, was man heute kauft – man wird immer erleben, dass irgendetwas nicht so funktioniert, wie man es eigentlich erwarten würde. Wenn wir heute eine Sendung von Satellit aufzeichnen und auf DVD brennen wollen, dann ist es keinesfalls selbstverständlich, dass die Sendung tatsächlich in der vollen Auflösung und im richtigen Seitenverhältnis

aufgezeichnet wird. Und so gibt es immer wieder Gründe, warum man mit den bisherigen Geräten unzufrieden ist und warum man immer wieder ein neues Gerät kaufen will (auch wenn es bei einem neuen Gerät vermutlich wieder andere Probleme geben wird). In diesem Bereich wäre es durchaus möglich, entsprechende Normen vorzugeben oder zu fordern, um das Formate-Chaos zu verhindern und um auf diese Weise unsere Lebenshaltungskosten zu senken. Eine solche Normung liegt aber ganz sicher nicht im Interesse der Industrie. Sie hat eher ein Interesse daran, dass der Markt permanent in Bewegung bleibt, denn nur dann kann man immer wieder neue Geräte verkaufen.

Wohnraum ist einer der Hauptkostenfaktoren und deshalb gibt es in diesem Bereich auch das größte Einsparpotential.

- Das beginnt schon mit dem ziemlich hohen Preis, den man für das Bauland bezahlen muss. Der Staat wäre durchaus auch in der Lage, das Bauland den Bürgern zu günstigen Konditionen per Erbpacht zur Verfügung zu stellen, was zu einer enormen Senkung der Lebenshaltungskosten führen würde. In der Staatswirtschaft sollte es entsprechende Angebote geben.
- Eine weitere Möglichkeit zur Kostensenkung wäre die kostenlose Zurverfügungstellung von unterschiedlichen und vorab genehmigten Standardbauplänen (mit Variationsmöglichkeiten), so dass man hierfür keinen Architekten mehr bezahlen muss. In diesem Fall wird das Prinzip der offenen Standards auf den privaten Hausbau angewendet.
- Die hohen Baukosten ergeben sich natürlich auch durch die hohen Umweltstandards und durch diverse Bauvorschriften (z.B. Energiesparverordnung). Der Bau eines einfachen, billigen Hauses wird damit vollkommen unmöglich gemacht (was noch vor einigen Jahrzehnten möglich gewesen wäre). Die meisten dieser Bauvorschriften sind zwar grundsätzlich sinnvoll, aber bei all diesen Dingen sollte auch immer die finanzielle Belastbarkeit der Bürger berücksichtigt werden. (In einer vergleichbaren Situation, wenn beispielsweise höhere Standards geplant würden, wovon die Konzerne betroffen wären, würde ganz sicher geprüft und verhandelt werden, ob diese Belastung für die Konzerne zumutbar ist.)
- Ein Kaufvertrag für eine Immobilie ist nach aktuellem Recht nur dann gültig, wenn sie von einem Notar beurkundet ist. Bei einem Immobilien-Wert von 300.000 Euro sind das etwa 1200 Euro Notar-Gebühren und zusätzlich etwa 900 Euro für den Grundbuch-Eintrag. (Quelle: [siehe Link](#)) Eine Senkung der Lebenshaltungskosten wäre hier problemlos möglich, wenn es für den Normalfall einen Standardvertrag gäbe, den man ohne Notar selbst beim Grundbuchamt vorlegen könnte. Die Identität von Käufer und Verkäufer könnte der Mitarbeiter auf dem Grundbuchamt problemlos selbst feststellen. Beim Kauf eines Kraftfahrzeugs braucht man schließlich auch keinen Notar.

Die privaten Lebenshaltungskosten kann man auch bei der Stadtplanung berücksichtigen. Wenn die Einkaufszentren primär in solchen Bereichen geplant und genehmigt würden, die von möglichst vielen Bewohnern zu Fuß erreichbar sind, dann könnten viele Familien auf ein Zweitauto verzichten. Heute ist es aber üblich, dass die Supermärkte immer häufiger am Stadtrand errichtet werden.

In einer besseren Wirtschaftsordnung sollten alle bestehenden Gesetze, Auflagen, Vorschriften, Verfahren und Maßnahmen dahingehend untersucht werden,

- ob die finanziellen Belastungen der Bürger wirklich notwendig und verhältnismäßig sind
- ob es sich eventuell um versteckte Subventionen für die privatwirtschaftliche Industrie handelt (oder für bestimmte Berufsgruppen)
- ob eine Verringerung der Lebenshaltungskosten durch eine entsprechende Korrektur möglich ist.

Dafür ist es aber dringend notwendig, dass die Politik nicht mehr so stark von der Industrie abhängig und erpressbar ist. Auch deshalb ist eine funktionierende Staatswirtschaft so extrem wichtig, denn dadurch verliert das Argument „Arbeitsplätze“, das von der Industrie immer wieder vorgebracht wird, deutlich an Gewicht. Dann könnten sich die Parlamentarier endlich von dem Diktat der Lobbyverbände befreien und wieder die Interessen der Menschen vertreten, von denen sie ursprünglich gewählt wurden.

Darüber hinaus wäre es auch sehr wichtig, eine **Befangenheitsregelung für Politiker** einzuführen, wie es sie beispielsweise bei Richtern gibt. Eine Befangenheitsregelung bei der Gesetzgebung ist ebenso wichtig wie später bei der Rechtsprechung. Wenn ein Politiker Aufgaben in der Industrie wahrnimmt und daraus ein Einkommen bezieht (z.B. eine Tätigkeit als Berater oder Aufsichtsrat), dann ist er befangen, wenn es um die Ausgestaltung von Gesetzen in diesem Wirtschaftsbereich geht. Dann besteht nämlich immer die Gefahr, dass der Politiker nicht im Interesse des Volkes handelt, sondern im Interesse dieser Industrie. Das gilt auch dann, wenn freundschaftliche oder verwandtschaftliche Beziehungen zu diesen Unternehmen bestehen bzw. zu führenden Mitarbeitern in diesen Unternehmen. Ebenso wichtig wäre es, **die Vorteilsannahme von Politikern als Bestechung einzustufen** und auch entsprechend zu bestrafen, z.B. bei Parteispenden aus der Industrie oder wenn für die Zeit nach der politischen Karriere gutbezahlte Positionen in der Industrie in Aussicht gestellt werden. Wenn die Parteien von Spenden aus der Industrie abhängig sind, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass die Parteien auch primär im Interesse ihrer Spender handeln.

Die besonderen Stärken der Staatswirtschaft

Wenn eine Staatswirtschaft in einem Wirtschaftsraum neben einer Marktwirtschaft besteht, dann ist zu erwarten, dass die Marktwirtschaft für besonders leistungsfähige und konsumorientierte Menschen sehr viel attraktiver ist. Für die Staatswirtschaft würden sich hingegen in erster Linie solche Menschen entscheiden,

- die im marktwirtschaftlichen Wettbewerb zur Verliererseite gehören
- die keine Lust haben, sich auf den marktwirtschaftlichen Wettbewerb einzulassen
- denen langfristige Sicherheit wichtiger ist als kurzfristiger Erfolg
- die von den Zielen der Staatswirtschaft überzeugt sind (z.B. Umweltschutz)

In der Staatswirtschaft würde es sehr viel gemüthlicher zugehen als in der Marktwirtschaft, was natürlich für die Produktivität zunächst einmal eher schädlich ist. Eine Staatswirtschaft hätte jedoch andererseits auch enorme Stärken und Vorteile, mit denen sie diesen Nachteil mehr als ausgleichen könnte. In einer Marktwirtschaft gibt es nämlich enorme Verluste und Verschwendungen, die es in einer Staatswirtschaft nicht gibt.

In der hier entworfenen Staatswirtschaft

- gibt es keine unnötigen Doppelentwicklungen
- können die Produkte langfristiger genutzt werden
- gibt es keinen Zinsanteil, der den Warenpreis verteuert
- müssen keine Gewinne für die Investoren erwirtschaftet werden
- gibt es keine Inflation
- gibt es durch die Nutzung offener Standards weniger Kosten für Lizenzen und Patente
- müssen die Privatleute weniger private Rücklagen bilden (weil es weniger Risiken gibt), sondern sie können ihr Einkommen in einem größeren Umfang nutzen
- wird weniger Geld gehortet, wodurch mehr Geld im Umlauf ist

Daneben gibt es natürlich auch etliche Vorteile, die allen Bürgern zugute kommen, auch wenn sie nicht in der Staatswirtschaft angestellt sind:

- geringere Lebenshaltungskosten
- geringere Sozialkosten bei verbesserten Sozialstandards
- zuverlässige Infrastruktur
- Die Grundversorgung bricht bei Wirtschaftskrisen nicht komplett zusammen.
- Die potentielle Arbeitskraft der Arbeitslosen geht nicht mehr verloren.
- Der Staat ist nicht mehr von der Industrie erpressbar.
- Weil die Menschen keine Billiglohnjobs mehr annehmen müssen, steigt das Lohnniveau.
- Durch die Qualitätsstandards der Staatswirtschaft ist die Industrie gezwungen, ebenfalls hochwertige Waren herzustellen.
- Durch nachhaltiges Wirtschaften wird die Umwelt geschont und die Rohstoffe bleiben länger erhalten.

Teil IV: Probleme bei der Einführung einer Staatswirtschaft

Wenn es so viele Vorteile gibt, dann stellt sich natürlich die Frage: Gibt es auch Nachteile und Probleme? Und wer ist davon betroffen?

Auswirkungen auf die privatwirtschaftliche Industrie

Am stärksten wären natürlich die Eigentümer von privatwirtschaftlichen Unternehmen betroffen, die bislang im Bereich Infrastruktur tätig waren. Viele dieser Unternehmen sind überhaupt erst dadurch entstanden, weil ehemalige staatliche oder kommunale Betriebe privatisiert wurden. Diese Unternehmen müssten nun wieder verstaatlicht werden.

Ein weiterer Nachteil für die Industrie wird sich ergeben, weil sie durch die Staatswirtschaft in einigen Bereichen Marktanteile verlieren wird. Dadurch werden zwangsläufig auch Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft verloren gehen, was jedoch durch die einklagbaren Arbeitsplätze in der Staatswirtschaft sozial abgedeckt würde. Ein Problem gäbe es jedoch für solche Mitarbeiter, die stark verschuldet sind und die deshalb auf ein Einkommen in Primärwährung angewiesen sind. Deshalb sollte die private Verschuldungssituation für eine Übergangszeit das entscheidende Kriterium für die Sozialauswahl bei Personalabbaumaßnahmen sein. Wer Schulden hat (zu dem

Zeitpunkt, wenn die Staatswirtschaft offiziell startet), der sollte seinen Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft bevorzugt behalten können, um diese Schulden abtragen zu können. (Wer später Schulden macht, der kennt die Konsequenzen und ist für die Folgen selbst verantwortlich.)

Natürlich wird es darüber hinaus auch viele andere privatwirtschaftliche Unternehmen geben, die ganz und gar nicht begeistert sind

- dass die Politik nicht mehr mit dem Thema „Arbeitsplätze“ erpressbar ist
- dass man die allgemeinen Lebenshaltungskosten (und somit auch die eigenen Einnahmen) nicht mehr künstlich anheizen kann
- dass niemand mehr bereit ist, Billiglohnjobs anzunehmen
- dass man in einigen Wirtschaftsbereichen nicht mehr über den Zinsanteil mitverdienen kann
- usw.

Auf diese Interessen kann man aber logischerweise keine Rücksicht nehmen.

Die extrem hohe Staatsverschuldung

Dieses Problem müssen wir auf jeden Fall lösen – auch dann, wenn keine Staatswirtschaft und keine Sekundärwährung eingeführt werden.

Die aktuelle Situation läuft unweigerlich darauf hinaus,

- dass der Staat zukünftig einen immer größeren Anteil seiner Einnahmen für die Zinslast aufwenden muss
- dass er dementsprechend immer weniger Geld für andere Aufgaben haben wird
- dass er die Bürger durch Steuern, Abgaben und Gebühren immer stärker belasten muss, um die Einnahmenseite zu steigern
- dass er immer mehr Staatseigentum verkaufen muss, um weitere Einnahmen zu generieren
- dass er in diesen Bereichen immer weniger Verantwortung übernehmen kann
- dass er die Sozialleistungen immer mehr abbauen muss, um die Ausgabenseite zu senken
- dass er weitere Kredite aufnimmt, wodurch sich die Situation noch weiter verschlimmert
- dass die Inflation steigen wird, damit sich der Staat auf diese Weise zumindest teilweise entlasten kann.

Die Konsequenzen der Staatsverschuldung sind zum Teil ganz ähnlich wie bei der globalisierten Marktwirtschaft:

- steigende Zinslast
- höhere Lebenshaltungskosten
- sinkende Sozialleistungen
- usw.

Darüber hinaus gibt es aber auch einige Wechselwirkungen zwischen beiden Problemkreisen, so dass sie sich gegenseitig verstärken.

- Durch den wachsenden Konkurrenzdruck in der globalisierten Marktwirtschaft wird weniger Geld erwirtschaftet, das zur Schuldentilgung verwendet werden könnte.
- Wenn immer mehr Arbeitsplätze aufgebaut und in Billiglohnländer verlagert werden, dann sinken die Steuereinnahmen und die Sozialkosten steigen.
- Durch die höheren Sozialkosten werden die Unternehmen stärker belastet und die Kaufkraft sinkt.
- Gleichzeitig müssen die Unternehmen auch immer größere Renditen an die Investoren ausschütten (weil auch die Investitionen den Gesetzen des Marktes unterliegen), wodurch der Industrie noch mehr Geld entzogen wird.
- Es kann sogar passieren, dass der Staat die Verschuldung erhöhen muss, um wichtige privatwirtschaftliche Unternehmen zu unterstützen, die durch den marktwirtschaftlichen Wettbewerb in Schwierigkeiten geraten sind.

Wir dürfen also überhaupt nicht erwarten, dass bei der bestehenden Wirtschaftsordnung irgendwann einmal goldene Zeiten anbrechen, in denen wir diese enormen Schulden zurückzahlen können. Ganz im Gegenteil – wir müssen sogar damit rechnen, dass sich die Problematik in den nächsten Jahren noch deutlich verschärfen wird.

Durch die extrem hohe Schuldenlast hätte die neu eingeführte Staatswirtschaft natürlich sehr schlechte Startbedingungen. Sie würde zwangsläufig in finanzielle Probleme geraten, obwohl sie selbst an diesen Problemen gar nicht schuld ist. Das ist aber kein Grund, der gegen die Einführung der Staatswirtschaft spricht. In diese finanziellen Schwierigkeiten geraten wir nämlich auf jeden Fall – egal ob wir die Staatswirtschaft einführen oder nicht. Aber nur dann, wenn wir eine Staatswirtschaft einführen, haben wir auch eine Chance, dass wir aus diesen Problemen auch wieder irgendwann rauskommen.

Nur dann, wenn wir eine funktionierende Staatswirtschaft haben,

- können wir die vielfältigen (aber leider überhaupt nicht kontrollierbaren) Unterstützungszahlungen an die Privatwirtschaft einsparen, ohne dass wir dadurch das Risiko der Massenarbeitslosigkeit befürchten müssen.
- kann die Arbeitskraft der heutigen Arbeitslosen genutzt werden, um den Bedarf dieser Gruppe zu decken. Auf diese Weise kann man die Sozialkosten senken, ohne dass die Bedürftigen einen Nachteil haben.

Nur dann, wenn der Staat diese Kosten senken kann, kann er über die Rückzahlung der bestehenden Schulden nachdenken. Andernfalls hätte er gar nicht den finanziellen Spielraum dazu.

Wenn wir die Schuldenproblematik nicht lösen, dann wird es mittelfristig darauf hinaus laufen, dass zwei Bevölkerungsgruppen zur Verlierer-Seite gehören:

- 1.) Die untere Einkommensschicht wird am stärksten von den sinkenden Sozialleistungen und Sozialstand betroffen sein.
- 2.) Die mittlere Einkommensschicht muss über die erhöhten Lebenshaltungskosten und über die Steuern den größten Teil der Zinslast tragen – und zusätzlich auch noch die Kosten für die Sozialleistungen.

Und eine Gruppe wird zur Gewinner-Seite gehören:

- Die Wohlhabenden, die ihr Geld in Staatsanleihen und Unternehmensanleihen angelegt haben, werden von den Zinsen profitieren, die von der mittleren Einkommensschicht erwirtschaftet werden.

Die Verliererseite wird früher oder später rebellieren.

- Bei den unteren Einkommensschichten wird zunehmend **Gewalt** ausbrechen – besonders bei denen, die nichts mehr zu erwarten oder zu verlieren haben. Das Leben dieser Menschen wird geprägt sein durch Perspektivlosigkeit, Frust, Langeweile, sittlicher Verwahrlosung und finanziellem Mangel.
- Die mittleren Einkommensschichten werden zum Teil **still rebellieren** und einfach nur versuchen, sich selbst so weit wie möglich von den staatlichen Lasten zu befreien bzw. zu drücken – nach der Devise: Jeder ist sich selbst der Nächste. In diesem Bereich wird eine massive „**Entsolidarisierung**“ stattfinden.
- Viele Angehörige der mittleren Einkommensschichten werden sich aber auch **politisch engagieren und laut rebellieren**, z.B. im Kampf gegen die Globalisierung.

Die Gruppe, die heute zur Gewinnerseite gehört, wird natürlich versuchen, ihre Privilegien so weit wie möglich zu erhalten und sie wird deshalb auch zunehmend **immer mehr totalitäre Maßnahmen** fordern, um die ansteigende Gewaltbereitschaft und die unliebsamen politische Ansichten etwas einzudämmen.

Diese Entwicklungen und Tendenzen werden sich auch im Wahlverhalten widerspiegeln. Dadurch werden zunächst einmal **die Parteien am linken und rechten Rand gestärkt**. Aber auch die etablierten Parteien werden in Zukunft immer extremere Positionen einnehmen. Dabei geht es nicht mehr um die traditionellen Formen von Links- und Rechtsextremismus, sondern es werden sich zunehmend auch ganz neue Formen des Extremismus entwickeln, z.B. **extreme Formen der Entsolidarisierung**. Von den ehemals bürgerlichen Parteien wird es auch immer extremere Forderungen geben, die darauf hinauslaufen, dass die **persönlichen Freiheiten der Bürger immer stärker eingeschränkt werden** müssen, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit weiter aufrecht zu erhalten.

Es stellt sich die Frage, in welche Richtung die Entwicklung schließlich kippen wird:

- ob unsere Gesellschaft in Gewalt und Chaos abgleitet

oder

- ob die öffentliche Ordnung nur noch durch totalitäre Maßnahmen aufrecht erhalten wird.

Meiner Ansicht nach sollten wir heute alles daran setzen, eine gerechtere Wirtschaftsordnung zu schaffen, damit wir demnächst nicht vor dieser Entscheidung stehen.

Teil V: Ausblick

Mit meinen „Ideen für eine bessere Wirtschaftsordnung“ möchte ich in erster Linie

- ein Bewusstsein schaffen für die prinzipiellen Fehler und Probleme unserer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung, die in den öffentlichen Medien leider nur sehr wenig Beachtung finden
- eine öffentliche Diskussion anstoßen, wie man die Konzepte der freien Marktwirtschaft und der sozialen Staatswirtschaft so kombinieren kann, dass zumindest einige dieser Probleme gelöst werden können.

Damit möchte ich vor allem das alte ideologische Lagerdenken durchbrechen, das eine Lösung dieser Probleme bisher verhindert hat.

Wir können davon ausgehen, dass die bisherigen Machtkartelle an einer solchen Diskussion überhaupt nicht interessiert sind, solange sie von der aktuellen Situation profitieren. Wenn überhaupt, dann kann eine solche Diskussion überhaupt nur von unabhängigen Gruppen und Freidenkern angestoßen werden.

Eine solche öffentliche Diskussion ist in der ersten Phase notwendig, damit sich die Ideen entwickeln können und damit einige Probleme schon vorab erkannt und gelöst werden. Die öffentliche Diskussion ist aber auch deshalb nötig, damit sich die Menschen finden können, die an diesem Ziel arbeiten wollen und die etwas zu diesem Ziel beitragen können. Es wäre auch wichtig, Menschen im wissenschaftlichen Umfeld zu erreichen (z.B. Volkswirtschaft bzw. Wirtschaftssimulation). Bevor man an einen Test unter Realbedingungen denken könnte, wäre erst einmal ganz viel Grundlagenarbeit notwendig, weil viele Details geklärt werden müssten.

Das hier dargestellte Konzept hat den enormen Vorteil, dass es aus verschiedenen Teilkonzepten besteht, von denen sich jedes einzelne schon im Praxistest bewährt hat:

- Wir hatten über Jahrzehnte ein Nebeneinander von öffentlichen Dienst und Privatwirtschaft. Beim Rundfunk haben wir noch immer ein Nebeneinander von öffentlich-rechtlich und privat.
- Es gibt Tauschringe, die erfolgreich funktionieren. In der Argentinien-Krise entstanden solche Tauschringe zum Teil aus der Not heraus, weil die normale Marktwirtschaft nicht mehr funktionierte.
- In vielen Ländern, die eine instabile Währung haben, gibt es Erfahrungen mit einer Zweitwährung.

Wir wissen auch sehr genau, welche Stärken und Schwächen die sozialistisch-planwirtschaftlichen und kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Konzepte haben. Auf all diese Erfahrungswerte kann man bei der Gestaltung der besseren Wirtschaftsordnung zurückgreifen, was nicht möglich wäre, wenn man etwas völlig neues entwerfen wollte.

Das Konzept der Sekundärwirtschaft könnte man in einer zweiten Phase lokal begrenzt in einem Landkreis testen, bei dem es einen besonders hohen Arbeitslosenanteil gibt (eventuell in den neuen Bundesländern). Erst wenn dieser Test erfolgreich lief, könnte

man den Umbau der gesamten Wirtschaftsordnung angehen. Ohne den Praxistest wäre das Risiko viel zu groß.

Auf der anderen Seite müssen wir aber auch berücksichtigen, dass es auch ein enormes Risiko gibt, wenn diese Korrektur nicht angepackt oder verzögert wird. In diesem Fall würden die Grundprobleme (und auch die entsprechenden Folgeprobleme) weiter eskalieren.